

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

93 (21.4.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: im Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgehölkern monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 80 Pf. Bei den Briefträgern im Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Sülzenerstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 3144. Erscheinungsort der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Eintrag der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 93. Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 21. April 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Wohlfahrtsseinrichtungen in Baden.

Der Landtag wird ziemlich bald nach Wiederaufnahme seiner Arbeiten Gelegenheit haben, sich über die badische Fabrikinspektion auszusprechen. Die Debatten dürften schon deshalb von besonderem Interesse werden, weil die badische Fabrikinspektion nur 25 Jahre besteht und aus diesem Anlaß der Nachfolger Böhmers, der Oberregierungsrat Dr. Wittmann, als Chef dieser Behörde eine Schrift herausgegeben hat, die diese Tätigkeit beleuchtet. Diese Schrift wird selbst Gegenstand der Erörterungen, die aus dem besonderen Grunde werden, daß sie den Betrieb in Zusammenhang stehen, ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Welcher Wert von amtlichen Stellen dieses Kapitel der Schrift beigemessen wird, geht schon daraus hervor, daß die offizielle Karlsruher Zeitung ansieht, in einer Artikelserie, die über die badischen Fabrikinspektionen, den Wert der Wittmannschen Arbeit und der von ihr behandelten Objekte herauszuarbeiten. Es ist daher an der Zeit, daß auch wir dem Gegenstand näher treten.

Zur Gewinnung des Materials der Wittmannschen Arbeit wurden an alle im Bezugsgebiet der Fabrikinspektion aufgeführten Zigarrenfabriken, Zigaretten-, Stein- und Zementfabriken mit mehr als 100 Arbeitern und an alle sonstigen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern Anträge gestellt, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiterverhältnisse öffentlich zu dokumentieren, entladet Herrn Wittmann den Chefbesitzer: „Wer auch auf Rechnung schreibe, von dem kann angenommen werden, daß er nichts zu sagen habe.“

Man hat hier schon eine gewisse Enttäuschung durch, so dürfte sich dies bei Dr. Wittmann noch erheblich steigern, wenn er erst in die in Aussicht gestellte Schilderung und kritische Würdigung der Mitteilungen kommt, die er jetzt nur als statistisches Material veröffentlicht hat. Und er dürfte sich dann auch einengen müssen, daß diese ganze Arbeit, vom nationalökonomischen Standpunkt aus betrachtet, fast wertlos ist, weil er bei Verteilung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer, den wichtigsten Faktor, den Geldlohn, vollständig außer Betracht gelassen hat. Die Stellung einer hierzu bezüglichen Frage, gewiss einer solchen nach der Länge der Arbeitszeit wäre gerade von seinem Standpunkt aus um so notwendiger gewesen, weil die ganze Aktion doch nur den Zweck haben konnte, nachzuweisen, welche Wohlfahrtsseinrichtungen den Arbeitern, und welche den Unternehmern zugute kommen. Erst die Vergleichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fabrikanten mit den gleichen Landesstellen hätte ein Urteil über die Frage ermöglicht, bei welchem Unternehmer die gleiche Einrichtung als ein Beweis fortgeschrittener sozialer Gesinnung, und bei welchem sie als raffinierter Ausbeutungsgriff zu bewerten ist. Es hätte diese Feststellung auch aus dem weiteren Grunde geschehen müssen, damit nicht solchen Unternehmern der Vorwurf oder Menschenliebe öffentlich um das Haupt gehoben wird, die in Wirklichkeit die raffiniertesten und deshalb die bedauerlichsten Ausbeuter sind.

Dieser Mangel in der Fragestellung ist selbst einigen Unternehmern aufgefallen, und sie haben Veranlassung genommen, den Herrn Fabrikinspektor in zum Teil drastischer Weise darauf aufmerksam zu machen. So schrieb, wie auf Seite 345 mitgeteilt wird, ein Unternehmer unter dem ihm mit Nullen verzierten Fragebogen: „Die besten Wohlfahrtsseinrichtungen sind hohe Löhne, ich zahle sie.“ Und ein zweiter schrieb: „Ich will nicht glänzen und von mir reden, machen durch sogenannte Wohlfahrtsseinrichtungen, die vielfach auf andere Weise wieder heringebacht werden können.“ Ein anderer schrieb: „Wir suchen das bisherige gute Einverständnis mit unseren Arbeitern durch Vergütung guter Löhne und durch gerechte Behandlung zu fördern und zu pflegen.“ Ein vierter meinte: „Ich gehe von dem Grundgedanken aus, meinen Arbeitern möglichst hohe Löhne zu zahlen und sie im übrigen für sich selbst sorgen zu lassen.“ Zu dieser Abfuhr macht Herr Wittmann die weise, von einiger Selbstkenntnis zeugende Bemerkung, daß sich auch die Wohlfahrtsseinrichtungen, bei denen man wieder nach den inneren Motiven der Darbietung zu fragen nötig habe, nach daran denken könne, von drückenden Fesseln zu sprechen, nur dort entwickeln können, wo als Vorbedingung angemessene Entlohnung, gute Behandlung, hygienisch auf der Höhe stehende Verkehrsverhältnisse, mäßige Arbeitszeit und ungeschwächte Selbstständigkeit der Arbeiter außerhalb des Betriebes gegeben seien.

Diese Erkenntnis von dem echten und unechten Wohlfahrtsseinrichtungen scheint dem Herrn wohl erst nach der Ausgabe seiner Fragebogen gekommen zu sein, sonst würde er doch den Versuch gemacht haben, die Zahl der Kategorien festzusetzen, indem er Lohnhöhe und Länge der Arbeitszeit in den einzelnen Fabriken berücksichtigte. Der Einwand, daß eine solche Lohnhöhe sehr unzuverlässig wäre, kann auch bei allen anderen Feststellungen, wo man auf die Ehrlichkeit der Unternehmer angewiesen ist, gemacht werden. Im übrigen würde die Fabrikinspektion dabei in keine neuen Bahnen eingelenkt sein, denn sie hat schon seit dem Jahre 1880 ihren Jahresberichten mehr oder minder umfassende Lohnstatistiken angehängt. Außerdem hat der jetzt von der Fabrikinspektion zurückgetretene Dr. Fuchs noch im Herbst 1904 eine umfangreiche und schätzenswerte Arbeit über „Die Verhältnisse der Industriearbeiter in 17 Landgemeinden bei Karlsruhe“

erschienen lassen, in welcher auch die Lohnverhältnisse dargestellt sind. Das alles spricht für die Durchführbarkeit einer Lohnenquete, die es erst ermöglicht hätte, die Wohlfahrtsseinrichtungen des einzelnen Unternehmens richtig zu bewerten. Wie notwendig das ist, geht aus folgendem hervor: Auf Seite 386 teilt Wittmann die Antwort einer Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrik mit, welche unter ihren Wohlfahrtsseinrichtungen aufzählt: 2 Arbeiterwohnhäuser mit 8 Wohnungen (die Zweizimmerwohnung kostet jährlich 176 M., die Dreizimmerwohnung 275 M.), zur Unterstufung dienen die Zinsen eines Kapitals von 30 000 M., das ergibt zu 4 Prozent, also hoch gerechnet, jährlich 1200 M. Aus diesem Hilfsfond erhalten auch die zu militärischen Übungen eingezogenen beehrten Arbeiter auf Antrag ihren Lohnausfall ersetzt. Die Arbeiterinnen besuchen auf Kosten der Firma die Kochschule des badischen Frauenvereins, die Arbeiter erhalten an Weihnachten Gratifikationen je nach Dauer der Dienstzeit, und nach fünfjähriger guter (1) Führung erhalten die Arbeiterinnen Sparbücher mit einer jährlichen Einlage von 40 M., mit Steigerung nach weiteren 5 Jahren.“ Es fehlt auch hier, wie in mehr als neun Zehntel aller übrigen über Wohlfahrtsseinrichtungen gemachten Mitteilungen, die Angabe der wirklich gemachten Aufwendungen, und man ist wohl berechtigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß sie gering sind, weil anders die Schweigsamkeit der Firmeneinhaber gerade in dieser so wichtigen Frage keine ausreichende Erklärung findet. Angenommen darf wohl werden, daß die 1200 M. aufgebraucht worden sind. Das kann verhältnismäßig viel oder auch wenig sein, je nach der Zahl der Arbeiter. Das zu beurteilen sind wir aber für gewöhnlich nicht in der Lage, weil Herr Wittmann den weiteren ungenügenden Fehler gemacht hat, eine solche Frage gar nicht zu stellen.

In diesem speziellen Falle gelang es mir aber auf einem Umweg doch zu unserem Ziele, bei Beurteilung der Wohlfahrtsseinrichtungen die Lohnhöhe zu berücksichtigen. In der oben bereits erwähnten Veröffentlichung von Dr. Fuchs finden sich auf Seite 71 u. a. auch die Resultate der Erhebungen über die Lohnverhältnisse einer Seifen- und Parfümeriefabrik in Karlsruhe. Aus dem Laufe der nun, daß in Karlsruhe nur eine Fabrik dieser Art mit mehr als 50 Arbeitern vorhanden ist, muß mit Sicherheit geschlossen werden, daß die Wittmannsche und die Fuchssche Parfümeriefabrik in Karlsruhe identisch sind. Und was lehren uns die Fuchsschen Feststellungen über die gezahlten Löhne der bei Wittmann mit ihren Wohlfahrtsseinrichtungen paradiesischen Fabrik? Daß sie erschröckend niedrig sind, und daß eine Lohnhöhe für jeden Arbeiter um täglich 20 Pfg. die gesamten Wohlfahrtsseinrichtungen der Firma aufwiegt! Nach Fuchs waren in der Fabrik beschäftigt 100 männliche und 235 weibliche, zusammen 335 Personen. Von den männlichen wohnten in Karlsruhe 55, in Landorten 45 Arbeiter. An Löhnen erhielten pro Tag 4 Arbeiter 50 Pfg. bis 1 M., 14 Arbeiter 1 M. bis 1,50 M., 6 Arbeiter von 1,50 M. bis 2 M., 10 Arbeiter 2 M. bis 2,50 M., 30 Arbeiter 2,50 M. bis 3 M., 13 Arbeiter 3 M. bis 3,50 M., 15 Arbeiter 3,50 M. bis 4 M., 6 Arbeiter 4 M. bis 4,50 M., 1 Arbeiter 5 M., 1 Arbeiter 6 M., im Durchschnitt 2,72 M. Von den 235 beschäftigten Arbeiterinnen wohnten in Karlsruhe 128, in Landorten 109; Tagelohn erhielten 39 von 50 Pfg. bis 1 M., 102 Arbeiterinnen von 1 M. bis 1,50 M., 60 Arbeiterinnen von 1,50 M. bis 2 M., 23 Arbeiterinnen von 2 M. bis 2,50 M., 11 Arbeiterinnen von 2,50 M. bis 3 M., im Durchschnitt 1,46 M.

Badische Politik.

Der Sozialdemokrat hat das Wort!

Unter diesem Titel hat der Papper Kaiser von Merzhausen bei Freiburg die dritte Auflage seines Buches herausgegeben, das aus sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitchriften, aus den Neben sozialdemokratischer Führer u. a. Bruststücke enthält, die im Kampfe gegen den demokratischen Sozialismus und Merkantilismus völlig vergessen und widmet dem „Arbeitslosen“ Sammelurteil die folgenden Worte:

„Die angeführten Aussprüche sind genau auf ihre Wahrheit geprüft und durch kurze, treffende kritische Bemerkungen mit einander verbunden. Das Buchlein besitzt für die Selbstunterrichtung und für den Kampf gegen den gemeinsamen Feind unserer heutigen Gesellschaftsordnung den denkbar größten Wert. Die Parteien sollten für die weitestgehende Verbreitung der tüchtigen Arbeit Sorge tragen.“

Man hat die Sozialdemokratie erst totgeschwiegen, denn totgeredet und nun soll sie totzitiert werden. Werktüchtig, daß sie dabei immer größer und mächtiger geworden ist. So wird sie wohl die Kaiserinnen des Pappers Kaiser auch überleben.

Nur die Veneration können wir nicht unterdrücken, daß unsere Parteigenossen es in der Hand haben, „Schlaggräbern“, die Herrn Papper Kaiser, das Handwerksmeisteramt für die Selbstunterrichtung und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind unserer heutigen Gesellschaftsordnung den denkbar größten Wert. Die Parteien sollten für die weitestgehende Verbreitung der tüchtigen Arbeit Sorge tragen.“

Ein zweifacher Antrag.

Das Zentrum hat zur Beratung der Vermögenssteuer folgende Resolution eingebracht:

In Erwägung, daß die Vermögenssteuer in den Bundesstaaten, wo sie jetzt neben der Einkommensteuer eingeführt ist (Preußen und Hessen), überall auf dem Grundgedanken beruht, daß dadurch das fundierte Einkommen seiner erhöhten Leistungsfähigkeit entsprechend zu einer angemessenen höheren Besteuerung herangezogen werden soll; in Erwägung, daß der Steuerfuß für die Vermögenssteuer in Preußen nur 5,26 Pfg. (ursprünglich nur 5 Pfg.) und in Hessen nur 7,5 Pfg. (ursprünglich nur 6,5 Pfg.) für 100 M. Steuer-

kapital beträgt und diese Höhe als das Angemessene für eine als Ergänzungsteuer neben der Einkommensteuer bestehende Vermögenssteuer angesehen werde; in Erwägung, daß mit ähnlichen Sätzen in Baden bei den bestehenden finanziellen Bedürfnissen schon jetzt nicht auszukommen ist, vielmehr ein wesentlich höherer Satz in Frage kommt; in Erwägung, daß danach die für Baden in Aussicht genommene Vermögenssteuer nicht mehr als eine bloße Ergänzungsteuer neben der Einkommensteuer angesehen werden kann, sich vielmehr als eine über den Grundgedanken der Vermögenssteuer hinausgehende selbständige Steuer darstellt; in Erwägung, daß jedoch die für Baden in Aussicht genommene Vermögenssteuer auf die verschiedenen Ertragsfähigkeit der in dem Vermögenssteuerantrag vereinigten einzelnen Vermögensteile keine genügende Rücksicht nimmt, beantragt die Kommission:

„Die Zweite Kammer wolle ihre Meinung dahin aussprechen, daß mehr als 11 Pfg. von 100 M. Vermögenssteuer keinesfalls erhoben werden dürfen, und daß, insoweit damit die erforderlichen Geldbedürfnisse nicht gedeckt werden können, der Mehrbedarf anderweit aufzubringen ist.“

Wie das Zentrum sich die „andere Weise“ Ausbringung der Steuern“ denkt, weiß man ja. Durch die Annahme des Antrages ist niemand geholfen.

Auch der Bund der Industriellen protestiert in einer Eingabe an den Landtag gegen den Vermögenssteuerentwurf. Er erklärt, daß ihm die in dem Entwurf in Aussicht genommene Beschränkung der Schuldenaufnahme, vor allem aber die einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft und die progressive Besteuerung lebiger und gewerblicher Anlage- und Betriebskapitalien als mit den Grundbänden der Gerechtigkeit und Billigkeit unvereinbar erscheine. Es wird demzufolge den Kammerern der Landstände die dringende Bitte unterbreitet, dem vorliegenden Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes in den angeführten Punkten ihre Genehmigung nicht zu erteilen.

So ist niemand mit dem Entwurf zufrieden; in welcher Weise unsere Opposition einsetzt, haben wir in zwei Artikeln des Volksfreund dargelegt.

Täuschungsmanöver.

Die in Baden einzuführende 4. Wagenklasse wolle man in eine 3b-Klasse umtauschen. So berichten bürgerliche Blätter. Wir können nicht annehmen, daß man wirklich glaubt, die 4. Wagenklasse verliere an Einschätzung, wenn man ihr einen anderen Namen gibt. Der Name ist ganz gleichgültig und deshalb müßen solche Verusche einfach tölpelhaft an.

Die Urteilsbegründung im sogenannten roten Sonntag-Prozess.

In Mannheim läßt auf ein gewisses Verständnis der Erregung der Arbeiterschaft schließen. Bei der Begründung des Urteils ließ es u. a.: „Es kam bei der Bemessung der Strafe strafmildernd in Betracht, daß man in Bezug auf die Auffassung der Versammlung und der polizeilichen Maßnahmen geteilter Meinung sein kann, wenn die Polizeibehörde auch sein begründeter Vorwurf trifft. Es ist aber dadurch in dem streifen der Gefühlsregung des Angeklagten und bei diesem selbst eine hochgradige Aufregung entstanden, die dem Angeklagten als mildernd zu gute zu halten ist.“

Auch sonst rednet es die Volkstimme dem Gefühlsorgan nicht hoch an, daß es hier seiner Aufgabe, Recht und Gesetz, Freiheit und Menschenwürde gegen die Prätexten einer übertriebenen Polizeigewalt zu schützen, ohne Bedenken anzusprechen hat. Wir wissen, daß die Initiative zur Erhebung der beiden Anklagen in letzter Linie nicht auf die hiesige Staatsanwaltschaft, sondern auf das Polizeibureau, Justizministerium in Karlsruhe zurückzuführen ist.

Wir sind auch völlig der Meinung der Volkstimme, wenn sie weiter sagt: „Möge Herr Schenkel aus der Niederlage seines Schützlings Schäfer die Konsequenzen ziehen, zu denen dieser ihm bei den jüngsten Kammerverhandlungen über die Mannheimer Polizeigebühren noch nicht reif schien, und möge er in ähnlichen Fällen künftig seine Aufgabe mehr darin erblicken, den durch die sozialistische Presse aufgedeckten behördlichen Verfehlungen auf den Grund zu gehen, als sich und seinen Beamten durch übertriebene Strafanträge unangenehme Abfuhren zuzuziehen.“

Deutsche Politik.

Macciras

hat auf die Freundschaften Deutschlands wie Scheidemanns Haltung der preußisch-deutschen Regierungen gewirkt. Daß Russland seinen Dank für die Rettung in allen russischen Polizeinteressen, auch bei Aufnahme seiner Streitigkeiten damit abstattet, daß es in nächster provisorischer Weise seine Vertretung auf der Konferenz anweist, in allen strittigen Punkten sich unbedingt auf die Seite Frankreichs zu stellen, will nicht Wunder nehmen. Solche Sorte Dank hat Deutschland so oft von Russland erfahren, daß er zu erdauten war. Hat das unsere Regierung nicht abgelehnt, immer wieder um Rätereidens Gunst zu buhlen, so ist die Rektion wohlbedient. Nur schade, daß sie am wenigsten die trifft, die sie allein verdient haben, daß das Reich ausläßt muß, was seine Beamten ihm einbroden. Es wäre ja noch ein Erfolg, wenn wir nun wirklich mit Russland fertig wären. So aber ist ihm nur der Rosenkranz erteilt worden, daß seine neue Milliarden-Anleihe in Deutschland nicht aufgelegt wird, was ihm aber nicht wehe getan hat, und dann ihm bei erster Gelegenheit wieder nachlaufen wird.

Aber wir haben auch eine Freundschaft verloren, deren Wert und alle die Jahre über als ganz unschätzbar gepriesen wurde. Italien hat auf der Konferenz es nicht bemerkt, durch die Dina mit Deutschland zu gehen, wie es einzig und allein der österreichische Delegierte tat, der dazu direkte Anweisung aus Wien erhielt;

es hat sich erinnert, daß es eigene wichtige Lebensinteressen vertrete, wenn es sich die Freundschaft Frankreichs erhalte. Und da Italien ja leicht erkennen mußte, daß Deutschlands Interessen durchaus nicht die Haltung erforderten, die seine Delegierten in der Marokkofrage für gut fanden, so war es von den Delegierten Italiens sehr vernünftig, zwischen Deutschland und Frankreich den vermittelnden Standpunkt einzunehmen. Das war in Berlin aber nicht, was man wollte, nicht, was man von Italien erwartet hatte. Nach kleineren „Freundschaften“, die Berlin deshalb Italien erwiebs, entschloß man sich zu einer deutlicheren Aktion. Der Kaiser sandte an den österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen von Goludowski, dieser Tage folgendes Telegramm:

„In dem Augenblick, da ich mit Genehmigung Ihres Excellenzhöchsten Herrn, dem Grafen Belfrage, dem Großkreuz des Roten Adlerordens übernehmend zum Dank für seine erfolgreichen Bemühungen in Algeras, drängt es mich, Ihnen von Seiten aufrichtigen Dank zu sagen für Ihre unerschütterliche Unterstützung meiner Vertreter. Eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen! Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Wenzur erwiesen und können gleichen Diensten in gleichem Falle auch von mir gewiß sein.“

Es darf wohl keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Telegramm vor seiner Abfertigung weder der österreichischen noch der deutschen Regierung unbekannt war. Und es kann ferner nicht bezweifelt werden, daß dieses Telegramm als gegen Italien geleitet von diesem empfunden werden mußte. Diese Spitze hat denn auch nicht nur Italien empfunden, es ist zu allem Überflus von der interessierten Presse des Auswärtigen darüber berichtet worden, daß diese Spitze tief genug dringe, das natürliche Empfinden Italiens möglichst unheilbar verleihe. Und so kann man denn es nachgerade die Späßen von den Dämonen pfeifen hören, daß der Dreifund vor seinem Ende stehe, daß er jedenfalls bei seinem Ablauf im August 1907 von Italien nicht wieder erneuert werde. Auch wir sind überzeugt, daß diese „Erfolg“ die Bülowische Politik haben werde.

Freilich haben wir keinen Anlaß, uns darüber zu grämen. Was hat der Dreifund denn für einen Nutzen? Der Erhaltung des Friedens soll er, wie verheißert wird, dienen, und jahraus, jahrein sind ungezählte Millionen unserer Kolke, den Völkern Oesterreich-Ungarns wie dem italienischen Volke abgezinkt worden, um in Vermehrung der Kruppen, in neuen Gewehren, Geschützen, Geschossen, Panzern und dergleichen dem Segen des Friedens gewidmeten Dingen verpulvert zu werden. Und die anderen Nationen haben das gleiche getan, so daß am Ende dieses „Friedensbundes“ die ganze Welt in Waffen starrt, wie nie vorher. Wir also meinen diesem Bunde keine Krone nach. Aber wie „grandios“ muß eine Politik sein, die das vernichtet, was sie selbst immer als die glanzvollste Leistung hingestellt hat — dem Frieden, der da bahnen sollte, und wirklich immer wieder brach geschah hat.

Der Kadi und die Presse.

find zwei Institutionen, die sich nicht gut vertragen können, so lange man keinen vom Jenor der Presse immer wieder anruft. Wenn diese Praxis von mehr oder minder zweifelhaften Freunden der Presse gelbt wird, so ist das schließliche nicht wunderbar. Wenn aber Angehörige der Presse, sowie sie sich durch ein gegnerisches Blatt zu unfaßt angefaßt glauben, zum Kadi laufen, so werden sie nicht schuldig, wenn die Juristen der Presse immer größere Schwierigkeiten machen, den Wert und die Achtung der Presse in der öffentlichen Meinung herabzudrücken zu trachten, daß nicht der Strafrichter, sondern nur das gedruckte Wort der einzig zulässige Korrektor der Presse ist, sollte ein Mann, der sich selbst lange im Dienste der Presse befindet und seine Feder nicht gerade immer in der nobelsten Weise gegen die politischen Gegner geleht hat, wissen. Ein solcher Mann ist zweifellos der Chefredakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten, der bekannte Dr. Liman.

Vom 5. Dezember 1905 bis 22. Januar 1906 hatte Liman in den Neuesten Nachrichten in noch gefährlicherer Art, als schon vorher, führende Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen beschimpft. Genosse Ledebour wurde als „dieser Vurche“ bezeichnet; unüberblimt wurde von einem intimen Verhältnis zwischen Luxemburg und Stablag gesprochen; die Nachricht von der beabsichtigten Erblindung Clara Zetkins gab wieder dem Liman Anlaß unsere opferfreudige Kampferin zu schmähern; und als am 22. Januar gar ein Artikel erschien, worin von dem Briefe Gabon gesagt wurde, daß er mit Dinen in Monte Carlo Revolutionsgelder verjübele, wurde daran die Vermerkung getnüpft, Genosse Singer sei „der schmutzige dieser Sorte“. Als nun daraufhin aber die Leipziger Volkzeitung dem Liman einen freilich gepfeiften Artikel mit dem Oben schlug, da wußte er nichts anderes darauf, als zum Strafrichter zu laufen und dem verantwortlichen Redakteur, Gen. Kressin, einen Monat Gefängnis zu verschaffen. Das Schöffengericht Leipzig freilich ließ dem Angeklagten keine Gelegenheit, die Provatoren Limans zu beweisen; es leitete den Antrag auf Verlesung der Limanischen Artikel ab.

Wie man sieht, ein bürgerlicher Journalist ist ein „berühmter“ Verteidiger der Presse.

„Sein Vergnügen ohne Polizei!“

In Leipzig befindet sich das Streikbüro der Vergleite im Restaurant des Genossen Kämpfe. Eines Tages waren mehrere Pakete mit Zugchriften für die streikenden Vergleite angekommen, und zwar postlagernd unter der Adresse des in der ganzen Stadt seit Jahren bekannten Genossen Kämpfe. Der Empfänger wurde durch ein Telegramm des Absenders der Sendung benachrichtigt,

er fertigte eine Bescheinigung aus, legte das Telegramm bei und beauftragte zwei Streikende mit der Abholung der Pakete. Sie bekamen sie aber nicht. Am nächsten Tag machte sich der Genosse selbst auf den Weg, legte sämtliche Legitimationspapiere auf den Schalter des Postamts nieder und verlangte unter Hinweis darauf die Pakete. Der diensttuende Beamte verlangte aber ein polizeilich abgestimmtes Beglaubigungsschreiben, das die Identität seiner Personlichkeit einwandfrei nachweisen sollte.

Der Genosse ging hierauf zum Postamt. Dort wurde er bekannt. Man fertigte nun das verlangte Schreiben aus, händigte es einem Schutzmännchen aus, und so ausgeliefert machten sich beide auf dem Weg zum Postamt. Dort angekommen erklärte der Mann des Gesetzes feierlich, daß dieser Mann der Herr Kämpfe sei, über das Schreiben und nun konnte endlich die Verteilung der Pakete vor sich gehen!

„Trinke mer noch e Tröpfche...“

Wegen dieses schönen Liedes, das namentlich zur Karnevalszeit im Rheinland Mämllein und Weislein für Bachus und Bacchus, aber auch zu manchem mehr oder minder geistlichen Scherz begeistert hat, die königlich preussische Staatsanwaltschaft in Aachen eine Massenverfolgung zu Wege gebracht. Nicht weniger als 142 Männer und Frauen müssen vor das Schöffengericht, weil sie die dort übliche Variante: „Alle Männer laufen, alle Männer saufen — nur die Schutzmänner saufen nicht“, nicht ausgelesen haben, als sie das Lied auf den Straßen zur Karnevalszeit sangen. Durch diese Stelle fühlt sich die Aachener Schutzmannschaft beleidigt und flugs war die Staatsanwaltschaft bei der Hand, ein neapolitanisches Valsgericht gegen die schweren Sünder einzuläutern. Zwei von den Angeklagten, Fabrikarbeiter aus Vaals, dicht an der Grenze, befanden sich sogar 14 Tage in Untersuchungshaft, weil sie Ausländer waren. Ihre Aburteilung ist bereits erfolgt. Das Schöffengericht hat zwar das Verbot für seine Verleumdung aufgehoben, sondern für einen fünfjährigen, in jedem Jahr bestrafenden großen Unfugs mit zwei Tagen Haft. Die übrigen Angeklagten haben noch der Dinge, die da kommen sollen; doch ist anzunehmen, daß auch sie dem „Wübchen für alles“-Paragraphen zum Opfer fallen werden. Uns möchte aber scheinen, daß nicht so sehr die 142 Angeklagten, als die Aachener Schutzleute und die Staatsanwaltschaft der Strophe zum Opfer gefallen sind. Wer einen Karnevalsliedchen frumm nimmt und gar die Gerichte in Bewegung setzt, hat in den Ländern des Karnevals sofort verpielt; der verpielt sich damit einen Schimpf, den er nie wieder los wird, es sei denn, daß er in weniger fröhliche Gewässer geleitet wird. Es hat schon mancher Gewaltige gelernt, daß dem Karnevalsliedchen gegenüber es nur ein gibt, das vor dem Ausgelagertwerden schützt: Mitlägen!

Der nächste Aachener Karneval dürfte danach sehr heiter werden.

Husland.

Allgemeines.

Serbien. Wie der Serbenkönig Schulden bezahlt, beweist folgende lehrreiche Geschichte. Am 8. April 1900 starb in Wien der königlich serbische Militärhauptmann Alois N. Nenadovic. Der Verstorbene war ein angesehenes Mitglied der Wiener serbischen Kolonie und hatte viel mit Peter Karagjorgjevic, dem jetzigen Serbenkönig, und mit dem Prinzen Arsen Karagjorgjevic verkehrt. Im Testament des Verstorbenen fand sich folgende Stelle vor:

„Auf Grund des Schuldbriefes vom 6. Dezember 1889 schuldet mir Prinz Arsen Karagjorgjevic den Darlehensbetrag von 7000 Gulden mit 10 Prozent Zinsen, halbjährig zu bezahlen. Den Prozentsatz von 10 Prozent mache ich der Marie Rosenauer, meiner langjährigen Wirtschafterin in Anerkennung der Dienste, die sie mir geleistet hat.“

Diesen Anspruch der Marie Rosenauer auf den Zinsgenuss des Kapitals von 7000 Gulden hatte König Peter anerkannt, die Auszahlung der Zinsen übernommen und verbürgt. Insofern hat Marie Rosenauer bis heute nichts erhalten. Nach langen Vorgeschieden entschloß sich Frau Marie Rosenauer Anfang dieses Jahres, die Angelegenheit dem Wiener Advokaten Dr. Richard Broch zu übergeben. Dr. Broch sprach nun zunächst bei der serbischen Konsulatschaft vor. Hier wurde ihm mitgeteilt, König Peter habe die Zahlung übernommen, an ihn möge er sich wenden. Das Wiener Auswärtige Amt vermittelte nun in der Affäre, die die Wiener serbische Konsulatschaft vertritt, die seit dem Jahre 1900 beim Belgrader Stadtgerichte anhängige Sache zu erledigen. Dies war zu Beginn dieses Jahres. Im Januar verweilte auch Prinz Arsen in Wien. Dr. Broch erfuhr nun von dem Prinzen in einem Schreiben, in dem er die Not und das Elend seiner Klientin schilderte, der Marie Rosenauer die längst fällige Schuld zu bezahlen. Doch auch dieser Brief blieb unbeantwortet, und es noch die Hilfe des Gerichts hätte angestrebt werden können, hatte Prinz Arsen Wien verlassen.

Da auch alle Briefe an König Peter unbeantwortet blieben, wendete sich der Advokat des Fräuleins Rosenauer an das Konsulat in Belgrad. Das Konsulat nahm sich der Angelegenheit lebhaft an und teilte Dr. Broch folgendes mit: „Wir haben seitens der Wirtschafterverwaltung des Palais die Zusicherung erhalten, daß die fragliche Schuld im Laufe des Monats getilgt werden dürfte, und es wurde vorläufig von einem weiteren inländischen Einschreiten abgesehen.“ Dieser Brief des Konsulats war Anfang März geschrieben worden. Die Kaiserin Marie Rosenauer ist aber noch immer gläubigerin des Königs Peter.

Rußland. Die Universität Odessa und die Lehrenden mehrerer Professoren wurden von Politikern und Spionisten durchsucht, angeblich nach Bombenbegriffen. Außer alten Kränzen wurden nur verbotene Schriften gefunden, die dem Prof. Kagamest gehörten; A. wurde verhaftet.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Frankreich. Im Kohlenstreikgebiet, besonders im Bezirk Valenciennes kam es gestern zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen von Ausständigen mit Gendarmen und Truppen. Einige Soldaten sind verletzt, einige auch getötet. Zwischen Arbeitswilligen und Streikenden herrscht große Erbitterung. Die vom Telegraph gemeldeten Nachrichten sind mit Vorbehalt aufzunehmen; sie sind augenscheinlich von Gehässigkeit gegen die Streikenden durchtränkt.

XI. Verbandstag des Zentralverbandes der Glaser in Mannheim

am 14., 15. und 16. April.
W. Mannheim, 16. April.

Lohnkämpfe im Verbreitungsgebiet des Volksfreunds.

Nach zweiwöchentlicher Dauer endete 1904 in Pforzheim ein Streik mit teilweisem Erfolg durch Abschluß eines Vertrages auf zwei Jahre. Die Kosten beliefen sich auf 535 Mk. Auch bei den Firmen Willing u. Joller und Markthaler u. Barth in Karlsruhe wurden ohne Ausnahmeverbesserungen erreicht. In Karlsruhe trat ein Teil der Herren von der Zwangsvereinigung die Schuld, daß die Tarifverhandlungen verzögert wurden, und es zum Ausstand kam. Nach dreitägigem Streik wurde ein Tarifvertrag auf 2 Jahre abgeschlossen. Die Kosten wurden aus dem Reservefonds bezahlt.

In Freiburg i. B. schloßen die friedlichen Verhandlungen auch am dem Starren elischer Innungsmeister, so daß am 11. September 1905 56 Mann in den Ausstand traten. Nach dreiwöchentlichem Kampf erreichten aber unsere Kollegen einen vollen Sieg. Die Gesamtkosten waren 1493 Mk.

In Singen a. S. wurde durch persönliche Vermittlung des Verbandsvorstandes im Juni 1905 ein Vergleich mit den Meistern nach eintägigem Ausstand abgeschlossen.

Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen beliefen sich seit 1903 auf 38 833 Mk.

Aus dem Kassenbericht sei hier folgendes mitgeteilt: Der Kassenbestand betrug am 1. Jan. 1903 25 850,87 Mk. und ist am 1. Januar 1906 auf 33 042,14 Mk. gestiegen; es ist also eine Mehreinnahme von 7191,27 Mk. zu verzeichnen.

Für Reise-Unterstützung wurden in den drei Berichtsjahren insgesamt 17 878,42 Mk. und für Arbeitslosen-Unterstützung 36 423 Mk. ausbezahlt. Das Verbandsorgan, dessen Auflage auf 6000 Gelegenen ist, erforderte eine Ausgabe von 19 636,95 Mk. An den Streifern wurden 36 855,92 Mk. abgeliefert; die Gesamtausgaben für Streiks beliefen sich auf 37 524,60 Mk.

An die beiden Berichte, insbesondere an den des Vorstandes, knüpfte sich eine eingehende Diskussion, in der an der Tätigkeit des Vorstandes insbesondere gerügt wurde, daß er zu viel von süddeutschen Zahlstellen sich zu Versammlungen in Anspruch nehmen lasse, worunter die eigentlichen Verbandszahlstellen litten. Getadelt wurde auch, daß der Vorsteher im Verkehr mit den Zahlstellenbeamten einen schroffen Ton ansetze. Bezüglich des Jahrbuches wurde der Wunsch nach einer besseren Ausgestaltung derselben laut, es müsse unbedingt Wandel geschaffen und dafür gesorgt werden, daß das Verbandsorgan nicht nur agitatorisch, sondern auch anregend und bildend wirke. Besonders die Vertreter der Zahlstellen Berlin und Leipzig vertraten diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit. Im übrigen wurde anerkannt, daß der Vorsteher seine Schuldigkeit getan habe, daß aber eine Entlastung notwendig sei.

Der Bericht des Kassierers fand allseitige Zustimmung. Getadelt wurde, daß manche Zahlstellen so lange auf die Einfindung ihrer Abrechnungen warten lassen.

Graß-Leipzig erstattet den Bericht des Ausschusses. Er bespricht kurz die bei dem Ausschuss eingelaufenen Beschwerden und berichtet bezüglich der Mitwirkung des Ausschusses bei Lohnbewegungen; er regt an, daß man künftig die Genehmigung von Lohnbewegungen dem Hauptvorstande allein überlassen solle.

Den Bericht der Kommission erstattet Dr. Ritter-Karlsruhe. An der Tätigkeit der Kommission wurde scharfe Kritik geübt und die Notwendigkeit einer Siverlegung betont, insbesondere wurde auch kritisiert, daß die Kommission nicht gegen die Faltung der Redaktion im Vorwärts-Konflikt eingegriffen sei.

Eichhorn-Karlsruhe verteidigt die Redaktion und die Kommission gegen die Angriffe. Es sei im Verband nicht allein die Meinung der Berliner und Leipziger Kollegen maßgebend. Die Stellungnahme der Redaktion im Vorwärts-Konflikt sei bedingt gewesen durch die Rücksicht auf das Interesse des Verbandes und der Gewerkschaftsbewegung.

Sowohl dem Vorstehenden wie dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Es folgte die Beratung des Antrages betreffs Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband.

Reißer-Offenbach begründete den Antrag in eingehender Weise, worin er insbesondere auch von Herzog-Frankfurt unterstützt wurde. In längerer Debatte wurde das „Für“ und „Wider“ erörtert. Bei der namentlich erfolgten Abstimmung wurde der Uebertritt mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, vor dem nächsten Verbandstage eine Urabstimmung über die Frage des Uebertritts vorzunehmen, wurde mit 23 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Der Verbandstag trat darnach in die Beratung des vom Hauptvorstand vorgelegten Statut-Entwurfes ein. Es entspann sich dabei eine sehr lebhaft diskutierte, bei welcher die Delegierten von den einzelnen Zahlstellen zum Statut gestellten Anträge verteidigten. Die Berliner Delegierten traten energisch für die Erhöhung des Beitrages auf 50 Pf. und die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ein. Von Leipzig wurde die Ansetzung eines weiteren Verbandsbeamten befürwortet. Der Entwurf wurde einer neugewählten Kommission zur Vorberatung überwiesen. Ueber das Ergebnis der Beratungen berichtete Schiebeler-Leipzig. Die Kommission schlug vor, den Beitrag von 50 auf 45 Pfennig zu erhöhen, während hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung eine Aenderung nur insoweit eintreten zu lassen, als eine Gleichstellung der Leiden mit den Verehrten und bei der Reiseunterstützung die Abschaffung der Kilometergelder und dafür Einführung von Lagegeldern von 1,25 Mk. pro Tag vorzuziehen sei. Abgelehnt von einigen unzufriedenen Änderern empfahl Schiebeler im übrigen Annahme des Vorstands-Entwurfes. Derselbe wurde dann auch entsprechend dem Antrag der Kommission en bloc mit 42 gegen 2 Stimmen angenommen.

Bei Punkt „Agitation und Organisation“ entspann sich im Anschluß an ein Referat des Verbandsvorstandes Eichhorn eine äußerst rege Diskussion.

Ein Antrag der Zahlstelle Berlin auf Anstellung eines Agitationsleiters zur regelmäßigen Bearbeitung der unabhängigen Zahlstellen wurde abgelehnt, verschiedene andere Anträge wurden dem Verbandsvorstand zur Beachtung überwiesen.

Zu Punkt „Reisekosten“ wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag erklärt in der Reisekosten die wichtigsten und wirksamsten Demonstrationen des Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, als da sind: Ausgestaltung der Sozial-Gesetzgebung, Einführung eines Maximal-Arbeitstages (8 Stunden), Förderung des Selbstfriedens, energisch zum Ausdruck zu bringen. Obwohl vom Unternehmerstand und den bürgerlichen Regierungen aufs schärfste bekämpft, nimmt der Verbandstag keine Veranlassung, von einer würdigen, tatkräftigen Durchführung der Reisekosten Abstand zu nehmen.

Grundbedingung der Reisekosten ist die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai.

Der Verbandstag verpflichtet sich deshalb, die Funktionäre der Organisation und überall da, wo irgend angängig, die Kollegen zur Arbeitsruhe zu veranlassen.

Reisekosten als Demonstration am 1. Sonntag im Mai kann der Verbandstag nicht befürworten. Damit war die Tagesordnung in der Hauptsache erledigt. Es war nun zunächst noch über die zu Punkt „Presse“ gestellten Anträge abzustimmen. Als Sitz der Kommission wurde Mannheim bestimmt und der Redaktion des Verbandsorgans die Genehmigung erteilt, bis zu 300 Mk. jährlich für Mitarbeiter auszugeben.

Als Verbandsvorort wurde wiederum Karlsruhe u. e. bestimmt, der Sitz des Ausschusses bleibt in Leipzig.

Einstimmig wurde beschlossen, den Kassierer Schwerdt als besoldeten Beamten mit einem Jahresgehalt von 2000 Mk. anzustellen.

Als Vorsitzender des Verbandes wird Eichhorn einstimmig wiedergewählt und sein Gehalt auf 2000 Mk. erhöht. Ferner wird beschlossen, ein eigenes Verbandsbureau einzurichten. Um der Zahlstelle Berlin die Anstellung eines besonderen Beamten zu ermöglichen, wird aus der Hauptkasse ein Zuschuß von jährlich 1000 Mk. geleistet.

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Nürnberg mit 25 gegen 19 Stimmen gewählt.

Aus der Partei.

Offenburg, 19. April. Die Reisekosten, welche gemeinlich von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsverband bezahlt werden, vergrößert sich den Voraussetzungen eine grobköpfige zu werden. Sie findet im Dreifachmaß statt. Zum ersten Mal wird der neugegründete dramatische Klub auf die Bretter gehen und ein geübtes Festspiel zur Aufführung bringen. Den musikalischen Teil besorgt die Stadtkapelle, den gesanglichen der Vorwärts. Die Festrede hat unser Landesmann und Stadtrat Genosse Geiler unter Sträubung übernommen. Jetzt gilt es, für ein vollwertiges Gaus zu sorgen; kein zehntausend Arbeiter darf an der Partei fehlen. Desgleichen muß es allen Genossen, die feiern können, ohne Schaden zu leiden, zur Pflicht gemacht werden, den Tag durch Arbeitstunde zu begehen. Die Jubiläumstanz wird noch später bekannt gegeben.

Die Kontrollkommission der Partei hat in ihrer Sitzung vom 19. c. anstelle des verstorbenen Genossen Reißer den Genossen Weidachschonberger August als aben in Gehalts bei Dresden (Post-Schleuse im Elbia) gewählt. Alle für die Kontrolle bestimmten Zuschriften sind künftig an diese Adresse zu richten.

Die sächsischen Parteigenossen haben am Dienstag und Mittwoch ihren diesjährigen Parteitag in Jwida abgehalten. Aus dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß gewonnen und nimmere insgesamt über 64000 Mitglieder gewachsen. Um die Schloßfertigkeit zu erhöhen, nahm der Parteitag ein neues, vom Landesvorstand vorgelegtes Organisationsstatut an.

Um Jugendorganisationen, Anstellung von Parteiführern und Beschränkung der Zahl der Delegierten zur Landesversammlung dreht sich die Debatte. Der Schaffung von Jugendorganisationen steht in Sachen der Jugendlichen-Bestimmung des Vereinsgesetzes entgegen. Die lebhafteste Debatte darüber, wie noch mehr als bisher dafür gewirkt werden kann, daß die jungen Proletarier mit sozialistischem Geiste erfüllt werden, welche wie ernt es allen Parteimitgliedern ist, sich der Jugend auch in Zukunft zu sichern. Die Partei-arbeiten haben einen riefenden Umfang angenommen. Die leitenden Genossen sind fast durchweg überbürdet. Es sollen noch mehr organisatorische und agitatorische Arbeiten geleistet werden, bleibt garnichts anderes übrig, als heraufschuldig betreiben zu lassen. Die zu den drei Fragen gestellten Anträge wurden abgelehnt, indes war man wohl so ziemlich allgemein der Ansicht, daß die ersten beiden Fragen so oder so zu einer baldigen Lösung gelangen müssen, wenn auch wohl in anderer Formulierung.

Ueber die Tätigkeit des Landtags sprach der einzige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genosse Goldstein. Gutes ist dem Dreifachmaß nicht nachzulassen. Was Genosse Goldstein vortrug, war nur ein langes Register von Sünden, die am Volke begangen wurden.

Ueber die Wahlrechtsbewegung in Sachsen gab Genosse Geper ein gutes Referat, auf das wir noch zurückkommen werden. Als eine der erfolgreichsten Erscheinungen unseres Parteilebens kennzeichnete Genosse Schulze in seinem Referat über die Taktik bei den Gemeindevoten das rechte Interesse, daß der Kommunalpolitiker entgegengebracht wird. Selbständiges Vorgehen bei den Wahlen und schärfere Verantwortung unserer Grundbesitzer waren die Sätze, die der Referent seinen Ausführungen zu Grunde legte. In dem Sinne war auch die Diskussion gehalten. Die Beratungen mit Landesversammlung sind überhaupt in allen Teilen mit Gründlichkeit und Ernst geführt worden. Die Verhandlungen in Jwida werden zur weiteren Stärkung und zu neuen Fortschritten der Sozialdemokratie in Sachsen beitragen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Jandweier, 19. April. Tabakarbeiterstreik in Jandweier. Die Arbeiter der Firma Dimmelbach (St. Oberweier) befinden sich seit 8 Wochen im Ausstand. Erstg. allen Ver suchen der Streikenden, eine Einigung herbeizuführen, scheiterte. Diese immer wieder an der Hartnäckigkeit der Firma. Eine Vermittlung von Seiten der Fabrikantensyndikats wurde ebenfalls abgelehnt. Ein erster Fabrikantensyndikatslandtag. Die Firma hat nicht jedenfall der Ansicht, die Arbeiter hätten nur Pflichten, sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung.

Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung.

Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung. Die sie redete auf ein Schlußwort der Streikbewegung.

Abel zugestanden erhalten. Leider fehlt es an einer Organisation für dieselben.

Himmerleute, Schreiner u. lassen sich durch die Maurer beschämten und arbeiten noch 11 Stunden. Wie lange noch?

Waldkirch, 20. April. Heute wurde in einer Zimmervereinsversammlung in geheimer Abstimmung einstimmig beschlossen, am Montag die Arbeit niederzulegen. Trotz mehrmaligen Verhandlungen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Verlangt wird 10stündige Arbeitszeit und 42 Pf. Stundenlohn. Die Meister wollen 40 Pf. „Höchstlohn“ bewilligen. Wir bitten alle Zimmerer, Waldkirch zu meiden.

Als Mannheim, 19. April. Der Streik in der Zellstoffabrik Waldhof beendet. Die Verhandlungen der Arbeiter mit der Direktion haben zu einem positiven Resultate geführt. Es kam eine die Arbeiter befriedigende Einigung zustande und die Arbeiter haben infolge dessen die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Lohnbewegung der Stuttgarter Maler ist mit einem Erfolg der Gehilfen beendet worden. Neben einer Reihe von Forderungen wurde den Gehilfen von den Meistern auch eine Lohnserhöhung von 6 Proz. zugestanden.

In Breslau — nicht in Berlin, wie gestern irrlichlich die „letzte Post“ lautete — fand der Zusammenstoß zwischen Ausgebeuren und Polizei statt. Ueber diese Vorgänge wurde gestern in 4 wöchentlich verlaufenden Versammlungen der Metallarbeiter, die von 6000 Personen besucht waren, Bericht erstattet.

Gemeindezeitung.

Voranschlagsberatung in Karlsruhe Bürgerauschuss.

3. Tag (Schluß).
Stadtv. Merkle findet die Einnahmen, die sich auf der Abgabe des Rechts für Benutzung der Aufschlagslöcher ergeben, zu niedrig.

Oberbürgermeister Schneider erklärt, daß ein ungefähr gleich hoher Betrag für die Benützung dieser Anlagen, die zugleich als Transformatorstationen in Erwägung sind, in den Voranschlag des Gemeindefinanzplans eingebracht werden. Es sei übrigens der früher von ihm geleiteten höher. Nach Ablauf der Bezugszeit sei Vergebung in Submissionen oder Übernahme in eigene Regie beabsichtigt.

Stadtv. Kirchner wünscht, daß die Unterhaltung der Schwinge den Bauherren abgenommen werde, die schon für die erstmalige Herstellung zu sorgen hätten. Wenn der Schwing durch Beschädigung aufgebrochen und wiederhergestellt sei, so wären an den betreffenden Stellen auch nachher öftere Reparaturen notwendig, für die die Allgemeinheit heranzuziehen sei.

Oberbürgermeister Schneider findet den vom Vorsteher eingebrachten Standpunkt für einen Vorsteher, wenn jedoch davon, die betreffenden sehr hohen Kosten wären für die Umwälzen abzumäßen, die wohl dann eine beträchtliche Erhöhung erfahren müßten. Für Schäden an den Schwingen, die durch fällige Aufgrabungen verursacht würden, müsse selbstverständlich die Stadt aufkommen.

Zur Position Märkte wünscht Stadtv. Stoffel, daß die Errichtung eines Wochenmarktes für die Oststadt möglichst bald ins Auge gefaßt werde.

Stadtv. Käppler erklärt als Martinipost, daß die Verpflanzung der Märkte nicht zum Vorteil gereiche. Der Markt in der Südstadt sei freilich eine beliebige und ziemlich besuchte Einrichtung, während der in der Weststadt den Namen Markt noch kaum verdiene. Immerhin könne man auch in einigen Jahren der Frage der Errichtung eines Marktes in der Oststadt näher treten, wenn ein geeigneter Platz nachgewiesen werde.

Es gelangt die Position Ausgaben für öffentliche Brunnen, Wege, Plätze und Gewässer uhm zur Beratung.

Stadtv. Kanning wünscht, daß der Errichtung von öffentlichen Kinderspielplätzen, insbesondere auch bei Neuanlage von Straßen größere Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Dem vom Stadtv. Maier ausgeprochenen Wunsch auf reichen gartenerischen Schmutz des Pflasterplatzes, dem auch die Einfriedigung mangle, wird vom Vorstehenden Erfüllung in Aussicht gestellt.

Stadtv. Bergmann befragt sich über die öfters auf diesen Straßen dahinsahenden Automobile. Es solle eine Geschwindigkeitsgrenze von 16 Kilometer in der Stunde vorgeschrieben werden.

Oberbürgermeister Schneider erklärt, daß die Stadtverwaltung auf die Abstellung dieses allerdings recht empfindlichen Mißstandes keinen Einfluß habe.

Stadtv. Emelc wünscht die Einführung einer Wohnungsinflation.

Oberbürgermeister Schneider erklärt, daß diese in Vorbereitung sei, ebenso wie eine Rechtsauskunftsstelle und die Organisation des städtischen Arbeitsnachweises.

Stadtv. Merkle empfiehlt die Anschaffung von Turngeräten im Riedersdorf. Oberbürgermeister Schneider: Man werde auch diese Sache erörtern.

Stadtv. Bergmann wünscht, daß wie das Gewerkschaftsstatut zu den städtischen Unternehmungen unterhalte, so auch die städtischen Gewerkschaften unterhalten werden. Es seien keine konfessionelle Verbände, hätten vielmehr katholische und evangelische Mitglieder. Er hoffe, daß wenn demnächst eine Eingabe in diesem Sinne eingebracht werde, in den nächsten Jahren Voranschlag eine entsprechende Position gestellt werde.

Oberbürgermeister Schneider: Man sei hierzu grundsätzlich geneigt, jedoch der Nachweis erbracht sei, daß es sich hier nicht um Einrichtungen konfessioneller Natur handle.

Stadtv. Eißeler wünscht ebenfalls Unterstützung des städtischen Gewerkschaftsstatuts, das christliche, nicht konfessionelle Zwecke verfolgen, und darin liege doch kein Widerspruch.

Wahlkommissioner Siegriß bemerkt: Die Gewährung eines Beitrages sei nicht abgelehnt worden, vielmehr hätte das christliche Gewerkschaftsstatut auf einen Betrag von 10000 Mk. zu kommen, gewöhnlich habe, daß man die Zahl der nichtstädtischen Mitglieder angebe. Der Stadtvater werde keine Bedenken mehr haben, wenn ein solcher Betrag eingebracht und zugleich nachgewiesen werde, daß in diesen Gewerkschaften auch Nichtstädtische seien, und wenn die Verwendung des Beitrages zu Unterrichtszwecken gewährleistet wird.

Stadtv. Stern kommt auf das Submissionswesen und dessen Schäden zu sprechen und wünscht, daß die geleisteten Arbeiten ausreichend bezahlt werden.

Oberbürgermeister Schneider bemerkt darauf, daß diese Sache nicht zur Voranschlagsberatung gehöre, worauf Stadtv. Stern noch vorläufig, eine Kommission des Stadtrates solle mit den Bau- und Erdmännern zusammen einen Tarif ausarbeiten, und man möge dann auch zu liefernden Arbeiten in Teilen vergeben, wie dies auch neuerdings beim Kranenbau geschehen sei.

Stadtv. Wolff wendet sich gegen die in den Voranschlag aufgenommenen Ausgaben für Festlichkeiten. Oberbürgermeister Schneider: Er würde sich über diesen Standpunkt. Die vorgeschlagenen Mittel würden doch nicht etwa zum Fenster hinausgeworfen werden, sondern im wesentlichen verwendet für eine landwirtschaftliche und Gartenbau, für eine Kunst- und eine architektonische Ausstellung, die doch alle nützliche Zwecke verfolgen. Auch im Zukunftsjahre werde es noch Ausstellungen geben, die Geld kosten, denn auch von Industrie, Landwirtschaft und Kunst geleistet werde. Stadtv. Wolff: Die Bedürfnisse haben, zu zeigen, was von Industrie, Landwirtschaft und Kunst geleistet werde. Stadtv. Wolff: Auch in der künftigen Gesellschaft werde es Ausstellungen geben. Das, was sie an jenen die Aufwendungen sind hauptsächlich beanstanden, seien die Aufwendungen für die bisher bezahlten Enten für die Anfertigung der

Samstag
den 21. cr.
bis einschließlich
Samstag
den 28. cr.

Extra-Preise

So
lange
Vorrat.

Schul-Artikel

Oktaf-Beste	Stück 5, 3, 3	Mal u. Zeichenstifte	12 Farben in Karton 18, 8, 3
Diarien, liniert, mit Landkarte und Einmaleins	7, 5, 2, 2	Reiszeuge und Tuschkasten in allen Preislagen.	25, 18, 3
Diarien mit Buchstaben oder feinem Desei	18, 3	Schiebertafel, liniert u. unliniert, Stück 25, 20, 9, 3	45, 3
Karlsruher Stellschrifthefte Nr. 1-10	6, 3	Griffelhalter	Stück 7, 9, 3
Wäschblätter	24 Blatt 5, 3 10 Blatt 3, 3	Reißstift	Stück 5, 3
Radier-Gummi	Stück 7, 5, 4, 2, 3	Ersonn mit Dese zum Anhängen	Stück 10, 3
Radier-Gummi	Stück 7, 5, 4, 2, 3	Walter für Feder und Blei	Stück 15, 3
T-Febern	Dugend 9, 5, 3, 3	Feberkasten	Stück 25, 18, 7, 3
G-Febern	Dugend 6, 3	Stellig	Stück 45, 3
Aluminiumfedern	Dugend 6, 3	Lincol	Stück 4, 8, 3
Rosenfedern	Dugend 9, 3	Kantel	poliert Stück 6, 3
Reißstifte	Stück 3, 1, 3	Reißstift	Stück 7, 9, 3
Karlsruher Schulstift 5, 3	Dugend 48, 3	Reißstift	Stück 22, 3, 3
Feder-Reißstifte	Stück 3, 3, Dugend 30, 3	Reißstift	Stück 95, 45, 3
Federn-Reißstifte	Stück 3, 3, Dugend 48, 3	Reißstift	Gros 20, 3
Badenia-Reißstift	Stück 8, 3	Reißstift	Stück 4 und 7, 3
Reißstift „Albrecht Dürer“	Stück 9, 3	Reißstift	Stück 5, 3
Reißstift	Stück 7, 4, 3, 2, 1, 3	Reißstift	Stück 5, 3
Reißstift	Stück 9, 3	Reißstift	Stück 5, 3
Reißstift	Stück 10, 3	Reißstift	Stück 5, 3
Reißstift	Stück 100, 3	Reißstift	Stück 5, 3

Strumpfwaren.

Damenstrümpfe, englisch lang, echt schwarz, Paar 28, 3, 8 Paar 75, 3
Damenstrümpfe, englisch lang, diamantförmig, Paar 45, 3, 8 Paar 1,20
Damenstrümpfe, prima Macrogara, Paar 75, 3, 8 Paar 2,--
Damenstrümpfe, hell und dunkel, gereift, moderne Dessins, Paar 1,55, 90, 75, 65, 44, 3
Frauenstrümpfe, gereift, enorm billig, Paar 45, 55, 58, 3, 8 Paar 1,35, 1,55, 1,65

Kinderstrümpfe.

Diamantförmig, englisch lang
Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9
Paar 18 22 26 30 34 38 42 46 50, 3
mit verstärktem Knie, Spitze und Ferse
Paar 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 3
Erlaubt für Estradura, zum Anstrichen,
Paar 35, 40, 45, 50, 55, 60, 66, 72, 78, 3

Socken.

Berrensocken, schwarz, Paar 95, 58, 45, 34, 3
Berrensocken, gereift, neue Muster, Paar 68, 45, 38, 15, 3
Berrensocken, Macco, bewährtes Tragen, Paar 52, 42, 28, 16, 3
Schweißsocken Paar 95, 60, 42, 28, 3

Besonders billig!

Schweißsocken „Victoria“ 1 Paar 48, 3
3 Paar 1,35
Maccosocke, nahllos 1 Paar 38, 3
3 Paar 1,--

Kinderföckchen und Strümpfe

in aparten Farben und Mustern, in enormer Auswahl.

Tricotagen.

Berren-Hemden, Macco 3 Größen 98, 1,15, 1,35
Reform 1,35, 1,60, 1,80
la. Macco 1,40, 1,65, 1,80
Perl-Macco, porös, angenehmes Tragen, 2,10, 2,20, 2,30
Berren-Beinkleider, Macco 98, 1,15, 1,30
Reform 1,25, 1,40, 1,55
gestreift 1,45, 1,60, 1,75
nahllos 1,95, 2,15, 2,35
Berren-Jacken, Macco 95, 1,05, 1,20
Frauen-Jacken, Macco und weiß 85, 1,05, 1,20
Knaben-Beinkleider, Macco 1,15, 1,25, 1,40
Herren-Jacken von 30, 3 an 85, 95, 1,05

Berren- und Knaben-Sporthemden

in Macco, Perlimacco, Macco mit Stoffeinsätzen und Planellstoffen in reichlicher Auswahl.

Damen- und Mädchen-Reform-Beinkleider

in Leinen, marine Satin und Cheviot, Paar 2,85, 3,10, 3,75, 4,90, 5,45.

Schultornister

für Knaben Stück 55, 95, 3, 1,35
mit festem Deckel u. Ledereinfassung 1,95 1,60
la. Segeltuch mit Ledereinfassung 2,30
Leder, gute Ausführung 3,10, 3,75, 4,65, 6,45
Schultornister f. Mädchen Stück 95, 3, 1,35 mit Ledereinfassung 1,65, 2,80
Leder, gute Ausführung 3,10, 4,65, 6,90
Musikmappen Stück 78, 3, 1,15, 1,45, 1,90 Bücherriemen Stück 45, 3

Schul-Schürzen

schwarz und grau la. Kästler, Reform Länge 60 65 70 75 80 cm
1,95 2,15 2,30 2,45 2,60
1,35 1,45 1,55 1,70 1,85

Schul-Stiefel

Wichleder-Knopf- und Schnürstiefel, Strapazier-Quellst., für das Alter von 6-8 9-12 Jahren
Paar 3,55 3,95

Schul-Anzüge für das Alter von 6 Jahren

für Knaben Ratosenform mit garn. Stragen, Strawatte uni und gestreift Washsatin 4,15, 3,65
marine und grau Wolstoff, gute Verarbeitung 7,75, 6,45, 4,95, 3,85

Knabenblusen in Washstoffen von 60, 3 an.
Knabenhosen in Wash- und Jutenstoffen von 1,25 an.
Kindercape in Roden und Cheviot mit Kapuze von 2,35 an
für Mädchen von 6 Jahren Blusen 3,95 an
Schulkleidchen form, hübsch garniert, m. Schärpe v. 3,95 an

Knaben-Sweater

Größe 1 2 3
geringelt 80, 3 1,15 1,35
uni plattiert 1,45 1,70 1,95
Wolle, geräumt 2,10 2,45 2,85

Knaben-Sportmützen

marine Stoff oder Samt m. Vorlechnadel 45 35, 3
weiße Pique, Cheviot oder Tennis, Stück 68 45, 3

Tellermütze für Mädchen

mit Pöse und Kressen garniert, Stück 1,20 85, 3 45, 3
Mädchenhut mit Samtbordgarnitur, rot und marine 1,25
Mädchenhut, zweifarbig, mit feib. Schießgarnitur 1,95

Geschw. Knopf.

Zentralverband der Handels- u. Transportarbeiter.
Verwaltung Karlsruhe.

Mitglieder-Versammlung.

Samstag den 21. April, abends 9 Uhr, im „Auerhahn“
Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Droschkentreiber zu dem neu aufgestellten Lohnsatz. 2. Wahl eines Kassiers und eines Schriftführers.
Bei der Wichtigkeit der heutigen Tagesordnung wird das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet; von den Ausschüßern, Hilfskassierern und Revisoren darf niemand fehlen.
1633

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Freundschaft Freiburg.

Am Sonntag den 22. April, abends 8 Uhr beginnend, findet im Saalbau Wehre eine

Abendunterhaltung

zu Gunsten der Sängerkasse statt.
In recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand. 1642

Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. 1634

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 Uhr große Varietés-Vorstellung.

Samstag, den 21. April: Galavorstellung.

Sonntag, den 22. April:

Grosses Fröhschoppenkonzert von 11-1 Uhr.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Familienvorstellung.

Abends 8 Uhr: Gala-Vorstellung.

Auftreten von nur erstklassigen Künstlern. Alles Nähere durch Plakate.

Neu eingetroffen! Neu eingetroffen!
Ein größerer Posten bessere
1628,5

Sommer-Pferdedecken

Süddeutscher und norddeutscher Schnitt sowie mit fester Brust per Stück 2,80, 3,-- 3,50, 3,80, 4,-- 4,50, 5,-- 5,45, 5,80, 6,-- 6,50, 7,--

Sämtliche Decken können mit Monogramm u. Kronen geliefert werden. Sattler und Wiederverkäufer erhalten Extra-Rabatt.

Arthur Baer

Kaiserstr. 93, 1 Tr. Karlsruhe Kaiserstr. 93, 1 Tr.
Reise- und Versandhaus in Manufaktur sowie sämtlichen Ausstattungsartikeln. 1081,8



Münchener Bier in Flaschen!

Neben unsern beliebten Flaschenbieren werden wir auch

Original Münchener Bier in 1/2 Liter Flaschen

aus dem mit uns lieuten Kochelbräu München zum Versand bringen.

Wiederverkäufer werden gesucht

Brauerei Sinner Grünwinkel 1644,3

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:
8. April: Karl Nikolaus, 8. Bernhard Müller, 8. Hermann Müller, 8. Hans Richard, 8. Friedrich Theilmann, 8. Postassistent, Wilhelm Friedrich, 8. Jakob Müller, Kaufm. 11. Emma Margarethe, 8. Gustav Lacroix, Schlossermeister. 12. Frieda Elisabeth, 8. Friedrich Korn, Sattler. Paul Hermann, 8. Heinrich Bönwinkel, Betriebsassistent. Wilhelm Karl, 8. Karl Heinrich, Futtermeister. 13. Erna Lydia, 8. Ludwig Stroemig, Kranenführer. Anna Rosa, 8. Wilhelm Glöckner, Gärtner. 14. Anton Leopold, 8. Jakob Ormer, Schreiner.

Gypswerkzeuge

J. Bähr, Eisenwaren
Waldstraße 51. 1081,8

Verstorbene.

10. April: Karl Hüner von Oberstadt, 8. Wäcker hier, mit Ehefrau Hilinger von Sternensfeld, Jakob Probst von Zimmerholz, Gypser hier, mit Rosa Hahig von Salsbadried, Ludwig Schmidt von Gochwieser, Bahnarbeiter hier, mit Katharina Volmer von Rindel, Hermann Seyfried von Baden, Wöbelpacker hier, mit Marie Andree von Bruchsal.

Verstorbene.

17. April: Ferdinand Walter von Friesenheim, Kaufmann in Berlin, mit Paula Franz von Schwesingen, August Selbinger von Bruchsal, Kaufmann hier, mit Paula Ruchold von hier, Emil Baumgärtner von Reuthardt, Wagnermeister hier, mit Lina Rösch von Rodolfzell, Ernst Göric von Zorgan, Schmieb in Zell, mit Karolina Widgitz von Reuzingen, Max Karl von Wittenweier, Lehrer in Mannheim, m. Maria Thäuber von hier.

Neue Vollheringe
St. 7 Pfg.
Malta Karloffeln 12, 3
Egypt. Zwiebeln 8, 3
10 872, 3
Sauerkraut 7, 3
Rühbohnen 20, 3
Kopfsalat Stück 12, 3
Salat-Gurken 45, 3
Emil Bucherer
Zähringerstraße 21
Göthestraße 35
Durlacherallee 30
Durlacherstraße 56
Gewerbestraße 10
Telephon 392.

Bekanntmachung.
Nr. 870. Wir machen hierdurch bekannt, daß am 5. d. M. zwischen dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverband für das Schneidergewerbe Ortsgruppe Karlsruhe“ einerseits und dem „Verband der Schneider und Schneiderinnen und Verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Karlsruhe“, und dem „Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen und Verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Jahrgangsstelle Karlsruhe“ andererseits ein Tarifvertrag nebst Gehaltsantrag vereinbart wurde. Die Vereinbarungen können von den Interessenten auf der Gerichtsbehörde des hiesigen Gewerbezugs eingesehen werden.
Karlsruhe den 17. April 1906.
Das Gewerbegericht:
1593 Voedh. Brechtel.

Bekanntmachung.
Begen Reinigung der Geschäftsräume ist die Stadtkasse Dienstag, 21. ds. Mts., geschlossen.
Karlsruhe, 21. April 1906.
Stadtkasse.
Gefer. 1637,2

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. 1575
Müppurzerstraße 100, 2. Stk.

Uhren-Reparaturen
unter Garantie
werden wie bereits bestätigt am gewissenhaftesten ausgeführt bei
Oskar Hirsche,
vormals H. Pfeiff
12 Kriegstraße 12.

Kauf Musikinstrumente
von der Fabrik Hermann Böhmig Jr.
Kataloge gratis und franco.
Über Ziehharmonika Extra-Kataloge

Nr.
Zur In-
herz
Die Un-
arbeiten
bands da-
Monat re-
Die Ge-
12 000 in
den Febru-
1934, in
180. M
überholte
erheblich
gleichsma-
neiblichen
wechself
als im Ju-
Ueber
liche Be-
der Anfo-
In Fre-
des Mon-
derart, d-
den neue
Lagegere-
den Bern-
drängt -
geleitet.
aufzude-
am 1. M-
finden in-
dern mar-
tenswert
drehern,
industrie,
schließen
In Se-
dern, Ed-
nen, so
werden fe-
ruhe mel-
modern,
tern.
Am Ge-
machte
baren, h-
Arbeits-
auch hier
lernter
b. 33.
Bauschrei-
legten L-
die Zimm-
In W-
haben sin-
über 1-
Rohnford-
noch nicht
Die L-
für das
landwirt-
und das
anherord-
ten, Erd-
ten Teil-
ten; an
noch der
In D-
sichgen
ten. Er-
Stadt h-